Staatsgrundgesetz
für
die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont.

Titel I.
Von dem Staatsgebiete.

§. 1. Die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont bilden einen durch ein und dieselbe Verfassung vereinigten Staat. Derselbe ist ein Bestandtheil des deutschen Reichs.

§. 2. Kein Theil des Staatsgebiets kann ohne Zustimmung der gemeinschaftlichen Stände veräußert werden. Grenzberichtigungen, wobei Staatsangehörige aus dem Staatsverbande treten, bedürfen gleichmäßig der Genehmigung der Stände.

Titel II.
Von den Grundrechten des Volks.

§. 3. Wer auf die vom Gesetz bezeichnete Weise das Recht des bleibenden Wohnsitzes innerhalb der

Grenzen des Landes erworben hat, ist Staatsangehöriger.

§. 4. Ein jeder Staatsangehöriger ist zugleich Staatsbürger, wenn er die zur Theilnahme an der Volksvertretung verfassungsmäßig erforderlichen Eigenschaften besitzt.

§. 5. Das Recht der Landesangehörigen zu Begründung eines Familienstandes mittelst einzugehender Ehe an dem Orte, wo ihnen das Heimathsrecht zusteht, ist von Staatswegen nicht beschränkt.

§. 6. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände. Der Adel als Stand ist aufgehoben. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Alle Staatsangehörige sind vor dem Gesetze gleich. Alle Titel, in so weit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden. Kein Staatsangehöriger darf von einem nichtdeutschen Staate einen Orden annehmen. Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt.

§. 7. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer That, nur geschehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls. Dieser Befehl muß im Augenblick der Verhaftung, oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden, dem Verhafteten zugestellt werden. Die Polizeibehörde muß Jeden, den sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder frei lassen, oder der richterlichen Behörde übergeben. Jeder Angeschuldigte soll gegen Stellung einer vom Gerichte zu bestim-

menden Caution oder Bürgschaft der Haft entlassen werden, sofern nicht dringende Anzeigen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen. Im Falle einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft ist der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entschädigung verpflichtet. Die für das Militär erforderlichen Modificationen dieser Bestimmungen bleiben einem besondern Gesetze vorbehalten.

§. 8. Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegrecht sie vorschreibt, so wie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft. An die Stelle dieser Strafen tritt Freiheitsstrafe. Abbitte und Widerruf, so wie der Zwang zur Ehrenerklärung sind ebenfalls abgeschafft und soll Geld- oder verhältnismäßige Freiheitsstrafe an deren Stelle treten. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden. Die Strafe der Vermögensseinziehung soll nicht stattfinden. An die Stelle derselben tritt Geld- oder verhältnismäßige Freiheitsstrafe.

§. 9. Die Wohnung ist unverletzlich. Eine Haus-suchung ist nur zulässig: 1. in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehls, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll; 2. im Falle der Verfolgung auf frischer That durch den gesetzlich berechtigten Beamten; 3. in den Fällen und Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweise bestimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieselbe gestattet. Die Haus-suchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen geschehen. Die Unverletzlichkeit der Woh-

nung ist kein Hinderniß der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten.

§. 10. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haus-suchung, nur in Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen, Befehls vorgenommen werden, welcher sofort oder innerhalb der nächsten vier und zwanzig Stunden dem Betheiligten zugestellt werden soll.

§. 11. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen werden durch die Gesetzgebungen festgestellt werden.

§. 12. Jeder Staatsangehörige hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Pressfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Censur, Concessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. Ueber Preßvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurtheilt.

§. 13. Ein Jeder hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren.

§. 14. Jeder ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen.

§. 15. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß

der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun. Jede Religionsgesellschaft bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

§. 16. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht keine Staatskirche. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

§. 17. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

§. 18. Die Formel des Eides soll künftig lauten: „So wahr mir Gott helfe.“

§. 19. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilactes abhängig; die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilactes stattfinden. Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß.

§. 20. Die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt.

§. 21. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§. 22. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben.

§. 23. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, zu leiten und an solchen Unterricht zu erteilen

len, steht Jedem frei, wenn er seine Befähigung der Regierungsbehörde nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung.

§. 24. Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden. Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist.

§. 25. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden die Lehrer der Volksschulen aus der Zahl der Geprüften an.

§. 26. Für den Unterricht in Volksschulen und niedern Gewerbschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.

§. 27. Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

§. 28. Die Landesbewohner haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.

§. 29. Die Landesbewohner haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

§. 30. Die in den §§. 28 und 29 enthaltenen Bestimmungen finden auf den Militärstand Anwendung, in so weit die militärischen Disciplinarvorschriften nicht entgegen stehen.

§. 31. Jeder Landesbewohner hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden und an die Volksvertreter zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von Einzelnen, als von Korporationen und Mehreren im Verein ausgeübt werden. Beim Militär jedoch nur in der Weise, wie es die Disciplinavorschriften bestimmen.

§. 32. Das Eigenthum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. Das geistige Eigenthum wird durch die Reichsgesetzgebung geschützt werden.

§. 33. Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todeswegen ganz oder theilweise veräußern. Die Durchführung des Grundgesetzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums wird durch ein Uebergangsgesetz vermittelt werden. Für die todte Hand werden unter Umständen und aus Gründen des öffentlichen Wohls Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege der Gesetzgebung erlassen werden.

§. 34. Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.

§. 35. Ohne Entschädigung sind aufgehoben:
1. die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei, sammt den aus diesen Rechten fließenden Befugnissen, Exemtionen und Abgaben; 2. die aus demguts- und schutzherrlichen Verbande fließenden auf der Person haftenden Abgaben und Leistungen. Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

Hinsichtlich der Aufhebung der aus dem gutsch- und schutzherrlichen Verbands (nro. 2.) geflossenen auf der Person haftenden Domanalabgaben und Leistungen hat es bei der Bekanntmachung vom 28. April 1848 und bei dem Gesetze vom 20. November desselben Jahres sein Bewenden. Insofern jedoch dergleichen Domanalabgaben und Leistungen außerdem noch beständen, soll deren Aufhebung annoch erfolgen. Bei etwa vorhandenen aus privatgutsch- oder schutzherrlichem Verbands fließenden, auf der Person haftenden Abgaben und Leistungen bleibt den Pflichtigen die Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten überlassen.

§. 36. Alle auf Grund- und Boden haftenden Abgaben und Leistungen sind ablösbar, nach Vorschrift der unterm 7. und 8. Juli und 20. November vorigen Jahres ergangenen oder weiter zu erlassenden Gesetze. Es soll fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leistung belastet werden. [§. 23. des Gesetzes vom 20. November 1848.]

§. 37. Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, imgleichen alle Leistungen für Jagdzwecke, wo deren etwa noch beständen, sind ohne Entschädigung aufgehoben. Wegen der Ausübung des Jagdrechts hat es bei dem Gesetze vom 6. November 1848. sein Bewenden. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit bestellt werden.

§. 38. Die Familienfideicommissse, mit Ausnahme desjenigen der regierenden fürstlichen Familie, sollen durch ein Gesetz aufgehoben werden.

§. 39. Der Lehnverband ist ablösbar nach den Vorschriften des Gesetzes vom 15. August 1848. und etwa fernerweit zu erlassenden Bestimmungen.

§. 40. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt; Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Titel III.

Von den Gemeinden und Kreisverbänden.

§. 41. Das Staatsgebiet zerfällt in Gemeinden und Kreise, deren Vertretung und Verwaltung durch besondere Gesetze geregelt wird.

§. 42. Folgende Grundsätze sollen dabei beobachtet werden:

1. Jede Gemeinde und jeder Kreis wählen ihre Vertreter, welche Versammlungen bilden und über die inneren und besonderen Gemeinde- und Kreisangelegenheiten berathen und schließen.

2. Die Beschlüsse dieser Versammlungen werden durch Vorsteher der Gemeinden und Kreise zur Ausführung gebracht.

3. Die freie Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten steht den Gemeinden und Kreisen unter gesetzlich geordneter Obergewalt des Staates zu, und kann nur durch ein Gesetz und auch durch dieses nicht weiter beschränkt werden, als der Staatszweck es nothwendig erfordert. Die Ortspolizei wird den Gemeindeangelegenheiten beigezählt.

4. Die Vorsteher der Gemeinden werden durch die Gemeindeglieder gewählt; die Vorsteher der Kreise werden von der Staatsregierung ernannt.

5. Für die Verhandlungen der Gemeinde- und Kreisversammlungen gilt der Grundsatz der Oeffentlichkeit als Regel. Ausnahmen können gesetzlich angeordnet werden. Ueber die Einnahmen und Ausgaben muß jährlich ein Bericht veröffentlicht werden.

6. Kleinere Gemeinden werden zu einem Gemeindeverbande vereinigt werden.

Titel IV.

Von der Volksvertretung.

§. 43. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den Fürsten und durch den Landtag ausgeübt. Die Gesetze und authentischen Gesetzesauslegungen bedürfen der Zustimmung des Landtags und der Sanction des Fürsten.

§. 44. Dem Fürsten so wie dem Landtage steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

§. 45. Der Landtag wird gebildet durch die vom Volke nach dem dieser Verfassung beigefügten Gesetze gewählten Vertreter. Dieselben werden jedesmal für zwei Jahre gewählt.

§. 46. Für alle den Fürstenthümern Waldeck und Pyrmont gemeinsamen Angelegenheiten treten die beiderseitigen Abgeordneten zu gemeinschaftlichen Landtagen im Fürstenthum Waldeck zusammen. Die besondern Angelegenheiten des Fürstenthums Waldeck werden auf den Landtagen, ohne den Hinzutritt der Abgeordneten des Fürstenthums Pyrmont, verathen und beschlossen. Für die besondern Angelegenheiten des Fürstenthums Pyrmont treten die Abgeordneten dieses Fürstenthums daselbst besonders zusammen. Die Zahl der

Abgeordneten des Fürstenthums Waldeck beträgt zwölf, diejenige der Abgeordneten des Fürstenthums Pyrmont beträgt drei. Zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten gehören für jetzt: 1. die Verhältnisse des Landes zum deutschen Reich, 2. die Gesandtschaften, 3. die allgemeine Gesetzgebung, 4. die Civilliste und Apanagen, 5. die Regierung und das Consistorium, 6. die Obergerichte, 7. Schloß Waldeck, 8. das Criminalgericht, 9. der Staatsanwalt, 10. das Archiv, 11. das Militär, 12. das Landesgymnasium zu Corbach, 13. die Staatsdienerwitwenkasse, 14. die Brandkasse, 15. das Regierungsblatt, 16. Veräußerung von Domanalgütern.

§. 47. Wähler ist jeder unbescholtene Landesbewohner, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 48. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen; 2. Personen, über deren Vermögen Conkurs gerichtlich eröffnet ist und zwar während der Dauer dieses Concurses; 3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§. 49. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß eines Gerichts entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen, namentlich solche, gegen welche Zuchthausstrafe rechtskräftig ausserkannt ist, so lange sie in jene Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind.

§. 50. Des Rechts zu wählen soll, unbeschadet

der dadurch sonst verwirkten Strafe, für die Zeit von vier bis zwölf Jahren durch strafgerichtliches Erkenntniß verlustig gehen: wer bei Wahlen Stimmen erkaufte, seine Stimme verkauft oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben, oder überhaupt zur Einwirkung auf die Wahl gesetzlich unzulässige Mittel angewendet hat.

§. 51. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder wahlberechtigte Landesangehörige ohne Unterschied an welchem Orte des Landes er wohne, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und seit wenigstens drei Jahren dem Staate angehört hat.

§. 52. Personen, welche ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in die Kammer der Abgeordneten keines Urlaubs. Dieselben haben innerhalb drei Tagen, nachdem die Wahl ihnen bekannt gemacht worden, der Staatsregierung Anzeige von deren Annahme zu machen.

§. 53. Jeder Wahlbezirk wählt einen Abgeordneten durch unmittelbare (directe) Wahl.

§. 54. Stellvertreter werden nicht gewählt.

§. 55. Der Landtag wird durch den Fürsten regelmäßig in der Mitte des Monats October jeden Jahrs und außerdem so oft es die Umstände erheischen, berufen. Auf den vierzehnten Tag nach dem Tode des Fürsten treten die zuletzt versammelt gewesenen Stände ohne Berufung zusammen, falls sie nicht schon früher berufen sind.

§. 56. Die Eröffnung und die Schließung des Landtags geschieht durch den Fürsten in Person oder durch ein dazu von ihm beauftragtes Mitglied der Staatsregierung im ständischen Sitzungssaale. Die Er-

öffnung geschieht nach vorläufiger Berichtigung der Legitimation der Abgeordneten, sobald deren wenigstens zwei Drittel anwesend sind.

§. 57. Der Landtag prüft die Vollmachten seiner Mitglieder und entscheidet über deren Zulassung.

§. 58. Zur Annahme oder Beibehaltung des Amtes eines Abgeordneten kann Niemand gezwungen werden.

§. 59. Wenn ein Mitglied ein Staatsamt oder eine Beförderung annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält jedenfalls seinen Sitz in der Kammer, bis eine neue Wahl stattgefunden hat.

§. 60. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volks. Sie können durch Instructionen nicht gebunden werden.

§. 61. Jedes Mitglied leistet bei seinem Eintritt den Eid: „Ich schwöre, dem Fürsten Treue zu leisten und die Verfassung gewissenhaft zu beobachten und aufrecht zu erhalten, so war mir Gott helfe.“ Dieser Eid wird vom Präsidenten des Landtags in die Hände des Fürsten, oder des dazu von ihm beauftragten Mitglieds der Staatsregierung, und von den übrigen Mitgliedern dem Präsidenten in der Versammlung abgelegt.

§. 62. Die Ständeversammlung hat das Recht, sich eine Geschäftsordnung selbst zu geben, mit Ausnahme derjenigen Punkte, welche die geschäftlichen Beziehungen zu der Staatsregierung betreffen. Diese werden durch Uebereinkunft geordnet.

§. 63. Die Ständeversammlung wählt ihren Präsidenten und ihren Vicepräsidenten. Zur Wahrnehmung der Schriftführung wählt der Landtag für seine Dauer einen oder mehrere Schriftführer entweder aus seiner Mitte oder aus drei vom Präsidenten vorzuschlagenden

anderen Personen. Im letzteren Falle erhält der Schriftführer eine angemessene Vergütung.

§. 64. Die Sitzungen sind öffentlich. Die Geschäftsordnung bestimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen stattfinden können.

§. 65. Zu einem Beschluß ist die Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder und die absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet.

§. 66. Das Recht der Beschwerde, der Adresse und der Erhebung von Thatsachen und Gutachten, so wie der Anklage der verantwortlichen Mitglieder der Staatsregierung, steht dem Landtage zu.

§. 67. Der Landtag nimmt Petitionen an und bringt solche zur Berathung. Dieselben dürfen dem Landtage nicht in Person überreicht, noch überhaupt Deputationen zugelassen werden.

§. 68. Ein Mitglied des Landtags darf während der Dauer desselben ohne dessen Zustimmung wegen strafrechtlicher Anschuldigungen weder verhaftet, noch in Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. In diesem Falle ist dem Landtage von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben. Es steht demselben zu, die Aufhebung der Haft und der Untersuchung bis zum Schluß des Landtags zu verfügen.

§. 69. Dasselbe Befugniß steht dem Landtage in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zu, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen, oder nach dieser bis zur Eröffnung des Landtages verhängt worden ist.

§. 70. Kein Abgeordneter darf zu irgend einer

Zeit wegen seiner Abstimmungen oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinärlich verfolgt, oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Die Ständeversammlung hat das Recht, ihre Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens in der Versammlung zu bestrafen und äußersten Falls auszuschließen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung. Eine Ausschließung kann nur dann ausgesprochen werden, wenn eine Mehrheit von drei Viertel der Stimmen sich dafür entscheidet.

§. 71. Die Abgeordneten erhalten aus der Staatskasse Diäten, auf welche nicht verzichtet werden darf.

Titel V.

Von dem Fürsten und dem Fürstlichen Hause.

§. 72. Die Person des Fürsten ist unverleßlich und unverantwortlich.

§. 73. Die Mitglieder der Staatsregierung sind verantwortlich. Alle Erlasse des Fürsten in Staatsangelegenheiten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines Mitgliedes der Staatsregierung welches dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

§. 74. Dem Fürsten allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die verantwortlichen Mitglieder der Staatsregierung, wobei es der im §. 73. gedachten Gegenzeichnung nicht bedarf.

§. 75. Der Fürst übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Landtage aus. Er verkündigt die Gesetze mit Bezug auf die Zustimmung der Stände, beziehungsweise auf die nach §. 137. vorliegenden Um-

stände, und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen.

§. 76. Der Fürst führt den Oberbefehl über das Militär und besetzt alle Stellen in demselben, so wie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, insofern nicht das Gesetz ein Anderes verordnet.

§. 77. Der Fürst hat das Recht, Verträge mit fremden Regierungen zu schließen — innerhalb der durch die Reichsverfassung vorgezeichneten Grenzen, Verträge durch welche dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Stände.

§. 78. Der Fürst hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung, so wie der Amnestirung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung einer einzelnen Untersuchung kann der Fürst nur mit Zustimmung des Landtags erlassen. Zu Gunsten eines auf Anklage der Stände wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Mitgliedes der Regierung kann der Fürst das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn die Stände darauf antragen. Die Erlassung rückständiger Steuern, Abgaben, Domanal-Einnahmen, Sporteln und Gebühren in einzelnen Fällen bleibt dem Ermessen des Fürsten vorbehalten.

§. 79. Der Fürst beruft den Landtag und schließt die Sitzungen desselben. Er hat das Recht, die Stände aufzulösen. Es müssen in diesem Falle neue Wahlen angeordnet und innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten nach der Auflösung die neuen Stände versammelt werden. Nach vergeblichem Ablauf dieser Frist tritt der neugewählte, oder insofern die neuen Wahlen

noch nicht stattgefunden haben, der zuletzt versammelt gewesene Landtag ohne Einberufung wieder zusammen.

§. 80. Vor Schließung oder baldigst nach Auflösung der jedesmaligen Versammlung eröffnet der Fürst dem Landtage über dessen bis dahin nicht erledigten Anträge seine Erklärung in einem Landtagsabschiede. Der Landtagsabschied ist in die Gesetzsammlung einzurücken.

§. 81. Der Fürst kann die Stände vertagen. Ohne deren Zustimmung jedoch darf diese Vertagung weder die Frist von dreißig Tagen überschreiten, noch während derselben Diät wiederholt werden. Auch der Landtag kann sich auf vierzehn Tage vertagen.

§. 82. Der Fürst darf den Sitz der Staatsregierung nicht außer Landes verlegen, auch ohne Zustimmung des Landtags seinen wesentlichen Aufenthalt nicht außerhalb des Landes nehmen.

§. 83. Ist der Fürst an der Ausübung der Regierung verhindert, so führt während dieser Verhinderung der von ihm zu ernennende Stellvertreter die Regierung nach den Bestimmungen dieser Verfassung. Auch der Stellvertreter darf seinen wesentlichen Aufenthalt nicht außerhalb Landes nehmen.

§. 84. Die Regierung ist erblich in dem Mannsstamme des Waldeckischen Fürstenhauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge. Erlischt der Mannsstamm, so geht die Regierungsfolge auf die weibliche Linie über. Hierbei entscheidet die Nähe der Verwandtschaft mit dem zuletzt regierenden Fürsten und bei gleichem Verwandtschaftsgrade das höhere Alter. Nach dem Uebergange gilt wieder der Vorzug des Mannsstammes in der Primogeniturordnung. In

Ansehung des Fürstenthums Pyrmont bleibt es bei den bestehenden Verträgen.

§. 85. Der Fürst wird mit Vollendung des ein und zwanzigsten Lebensjahres volljährig und regierungsfähig. Er schwört in der Landtagsversammlung einen Eid, die Verfassung fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. Erst nach geleistetem Eide ist der Fürst berechtigt, Regierungshandlungen vorzunehmen. Bis zur Eidesleistung wird die Regierung von der verantwortlichen Staatsbehörde geführt.

§. 86. Erst nach dieser Eidesablegung wird die Huldigung geleistet. Der Huldigungseid wird allgemein dahin festgesetzt: „Ich schwöre dem Fürsten und der Verfassung Treue und Gehorsam zu leisten.“ Der Huldigungseid wird zuerst von den Abgeordneten geleistet. Jeder Staatsangehörige männlichen Geschlechts hat den Huldigungseid, insofern er nicht schon früher geleistet wurde, bei seiner Verheirathung oder selbständigen Einrichtung abzulegen.

§. 87. Im Falle der Minderjährigkeit des Fürsten hat der Landtag die Regentschaft und Vormundschaft anzuordnen, insofern nicht schon durch ein besonderes Gesetz für beides Vorsorge getroffen ist. Die leibliche Mutter und Großmutter und die Agnaten des Fürstlichen Hauses sind nicht ohne zureichende Gründe zu übergeben.

§. 88. Ist der Fürst in der Unmöglichkeit zu regieren, so beruft die Staatsregierung den Landtag, um die Regentschaft und Vormundschaft anzuordnen.

§. 89. Die Regentschaft kann nur einer Person übertragen werden. Der Regent schwört bei Antritt der Regent-

schaft in der Landesversammlung einen Eid, die Verfassung fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. Die Regentschaft dauert bis zur Eidesleistung des Fürsten.

§. 90. Der Regent übt im Namen des Fürsten die volle Staatsgewalt, wie sie diesem selbst verfassungsmäßig zusteht.

§. 91. Der Regent, mit Ausnahme der Mutter und Großmutter, kann die Vormundschaft über den minderjährigen Fürsten nicht führen.

§. 92. Die Erziehung des minderjährigen Fürsten gebührt, wenn darüber vom letztregierenden Fürsten keine Anordnung getroffen worden, zunächst der leiblichen Mutter und nach dieser der Großmutter von väterlicher Seite, falls und so lange sie nicht anderweit vermählt sind. In Ermangelung derselben ist die mit der Leitung der Erziehung zu beauftragende Person auf den Vorschlag der Staatsregierung vom Landtage zu bestimmen. In allen Fällen bedarf es bei Annahme der übrigen zur Erziehung und zum Unterricht erforderlichen Personen der Zustimmung der Staatsregierung. Sollte diese mit der die Erziehung leitenden Personen sich nicht einigen können, so hat der Landtag die Vermittlung zu übernehmen und nöthigenfalls für die eine oder andere Ansicht zu entscheiden.

§. 93. Der Erbprinz kann nach vollendetem ein und zwanzigsten Lebensjahre an den Berathungen der Staatsregierung Theil nehmen, nicht aber an der Beschlussfassung, an der Gegenzeichnung und Verantwortlichkeit der Mitglieder derselben.

§. 94. Das im Fürstenthum Waldeck gelegene Domänenvermögen wird für Staatsgut erklärt. Das

Domanalvermögen im Fürstenthum Pyrmont geht zur Benutzung und Verwaltung für immer auf das Fürstenthum Pyrmont über. Die nähern Bedingungen und Bestimmungen über die Erklärung zu Staatsgut bei Waldeck und über den Uebergang in Benutzung und Verwaltung bei Pyrmont enthält die Anlage I.

§. 95. Dem Fürstenhause wird eine Civilliste ausgesetzt, die zunächst aus den Einkünften des gesammten Domanalvermögens beider Fürstenthümer gewährt wird. Dieselbe wird bei jedem Regierungswechsel von Neuem mit der Ständeversammlung vereinbart. Die weiteren Bestimmungen enthält gleichfalls die Anlage I.

§. 96. Die übrigen Verhältnisse des Fürstlichen Hauses werden vom Fürsten hausgesetzlich bestimmt. Das Hausgesetz ist den Ständen zu ihrer Kenntnisknahme, und so weit nöthig zu ihrer Zustimmung vorzulegen.

Titel VI.

Von der Staatsregierung.

§. 97. Die Mitglieder der Staatsregierung haben den Zutritt zu den Sitzungen des Landtags und der Ausschüsse. Es muß ihnen vor dem Schluß der Debatte und vor dem letzten Wort des Antragstellers oder Berichtserstatters auf Verlangen zu jeder Zeit das Wort ertheilt werden.

§. 98. Dieselben haben die Verpflichtung, persönlich oder in Vertretung durch ein anderes Mitglied den Sitzungen des Landtags und der Ausschüsse auf Verlangen anzuwohnen und Auskunft zu ertheilen.

§. 99. Die Mitglieder der Staatsregierung sind für alle von ihnen unterzeichnete Verfügungen des Für-

sten und für alle ihre Amtshandlungen verantwortlich. Die Mitglieder der Staatsregierung können wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung oder sonstiger Verletzung ihrer Amtspflicht von den Ständen angeklagt werden. Das Reichsgericht wird über die Anklage entscheiden. Die nähern Bestimmungen werden einem besondern Gesetze vorbehalten.

§. 100. Die wegen politischer Gründe entlassenen Mitglieder der Staatsregierung erhalten eine nach den Bestimmungen des Pensionirungsgesetzes sich regelnde Pension oder werden mit Berücksichtigung ihrer bisherigen Stellung und mit Belassung ihres Dienst Einkommens im Staatsdienst anderweit angestellt.

Titel VII.

Von der richterlichen Gewalt.

§. 101. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonialgerichte bestehen.

§. 102. Die richterliche Gewalt wird selbständig von den Gerichten geübt. Kabinetts- und Ministerialjustiz ist unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte sollen nie stattfinden.

§. 103. Es soll keinen privilegierten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. Die Militärgerichtsbarkeit bleibt auf die Aburtheilung militärischer Verbrechen und Vergehen, so wie der Militärdisciplinargerichte beschränkt, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegszustand.

§. 104. Kein Richter darf, außer durch Urtheil und Recht, von seinem Amte entfernt oder an Rang

und Gehalt beeinträchtigt werden. Suspension darf nicht ohne gerichtlichen Beschluß des Hofgerichts erfolgen. Kein Richter darf wider seinen Willen, außer durch gerichtlichen Beschluß des Hofgerichts in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen, zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden.

§. 105. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. Ausnahmen von der Oeffentlichkeit wird das zu erlassende Gesetz im Interesse der Sittlichkeit bestimmen.

§. 106. In Strassachen soll der Anklageproceß gelten. Schwurgerichte sollen in schwereren Strassachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen.

§. 107. Die bürgerliche Rechtspflege soll, insofern das Bedürfniß von der Landesgesetzgebung anerkannt wird, in Sachen besonderer Berufserfahrung durch Sachkundige, von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt oder mitgeübt werden.

§. 108. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und von einander unabhängig sein. Bei einem Streit zwischen Verwaltungs- und Justizbehörden über die Zuständigkeit der letztern, so wie überhaupt über die Frage, ob eine Sache zum Gerichtsverfahren sich eigne, entscheiden die Gerichte im regelmäßigen Instanzenzuge.

§. 109. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. Der Polizei steht keine Strafgerichtsbarkeit zu.

§. 110. Rechtskräftige Urtheile anderer deutschen Gerichte sind gleich denen der einheimischen Gerichte wirksam und vollziehbar.

§. 111. Anstandsbriefe [Moratorien] dürfen nicht ertheilt werden.

Titel VIII.

Von der bewaffneten Macht.

§. 112. Die bewaffnete Macht soll den Gesetzen des deutschen Reichs gemäß aufgestellt werden. Neben dem zum deutschen Heere zu stellenden Theile derselben soll jedenfalls eine allgemeine Volkswehr eingerichtet werden, bei welcher jeder Landesbewohner vom vollendeten zwanzigsten bis zum vollendeten fünfzigsten Lebensjahre Dienst zu leisten berechtigt und verpflichtet ist. Die Ausnahmen hiervon wird das Gesetz bestimmen. Die Volkswehr ist berufen und verpflichtet, für Aufrechthaltung der Landesverfassung, für Vertheidigung der Landesgrenzen, für Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern zu wirken, Personen und Eigenthum zu beschützen. Die Officiere und Unterofficiere des zum deutschen Heere gehörenden Theils der bewaffneten Macht sind Staatsdiener und werden vom Fürsten ernannt; die Officiere und Unterofficiere der Volkswehr werden von den Mannschaften gewählt. Der Fürst als solcher hat den Oberbefehl über alle Theile der bewaffneten Macht und übt denselben unter Gegenzeichnung und Verantwortlichkeit der Staatsregierung aus.

§. 113. Zur Aufrechthaltung der innern Ruhe und Sicherheit, so wie zur Vollziehung der von den bürgerlichen Behörden ergangenen Verfügungen kann die bewaffnete Macht nur auf ausdrücklichen Antrag der zuständigen, dafür verantwortlichen bürgerlichen Behörde einschreiten, und nicht weiter als diese es verlangt.

§. 114. In den Fahneneid ist die Verpflichtung

zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen.

Titel IX.

Von der Finanzverwaltung.

§. 115. Die bestehende Steuergesetzgebung soll einer Revision unterworfen und so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter in Staat und Gemeinde aufhört.

§. 116. Sobald die neue Regulirung der Grundsteuer und die Landeskatastrirung im Fürstenthum Waldeck zur Ausführung kommen werden, soll auch im Fürstenthum Pyrmont dazu geschritten werden und soll alsdann überhaupt dahin gestrebt werden, das Steuersystem der beiden Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont in Uebereinstimmung zu bringen, zwischen denselben eine völlige Vereinigung der Finanzen und Kassen herzustellen, die unterscheidende Behandlung der gemeinschaftlichen und besonderen Angelegenheiten aber aufzuheben und eine einzige gemeinsame Vertretung des Fürstenthums Waldeck-Pyrmont stattfinden zu lassen. Eine den Umständen angemessene Vereinbarung wegen der wechselseitigen Landesschulden soll alsdann getroffen werden. Für den Fall, daß jene gänzliche Finanz-Kassen und Repräsentationsvereinigung nicht zu erreichen stände, bleiben beiden Fürstenthümern alle in den bis jetzt geltenden Verhältnissen begründeten Rechte und Zuständigkeiten vorbehalten.

§. 117. Bis zu obigem Zeitpunkt der Finanzvereinigung werden die Intraden und Ausgaben eines jeden der beiden Fürstenthümer besonders vereinnahmt und

verrechnet, und aus den Intraden des Fürstenthums Pyrmont, neben den besonderen Ausgaben desselben, diejenigen Beiträge zu den Staatsausgaben des Fürstenthums Waldeck in den angemessenen Zielern geleistet, welche bisher geleistet worden sind. Diese Beiträge bestehen in dem neunten Theile der bei den oben S. 46. genannten gemeinschaftlichen Angelegenheiten stattfindenden Ausgaben, mit Ausnahme der (cf. nro. 3. ibid. allgemeine Gesetzgebung) Diäten der beiderseitigen Abgeordneten, welche jeder Seite für sich zur Last fallen, und mit Ausnahme nro. 4. ibid. Civilliste und Apanagen, worüber die §§. 95. und 118. bestimmen.

§. 118. Auf der Gesamtmasse des Domanialsvermögens in den beiden Fürstenthümern Waldeck und Pyrmont ruhen und haften die Civilliste und sämtliche Domanialschulden und sind die damit verbundenen Lasten und Beschwerden daraus zu bestreiten. Die Antheile, welche jedes der beiden Fürstenthümer an Civilliste, Schuldverzinsung und Schuldenabtrag zu leisten hat, werden nach den Reinerträgen, welche das Domaniilvermögen in jedem Fürstenthum nach den Rechnungen der letzten fünfzehn Jahre von 1848 rückwärts gerechnet, abgeworfen hat, ermittelt und festgestellt und bis dahin, daß die in §. 116. erwähnte Finanzvereinigung etwa zu Stande kommt, geleistet. Der alsdann und nach Abzug der sonstigen Verwaltungskosten verbleibende Ueberschuß der Domaniilverwaltung im Fürstenthum Waldeck wird der Staatskasse dieses Fürstenthums und der Ueberschuß der Domaniilverwaltung im Fürstenthum Pyrmont der dortigen Staatskasse überwiesen.

§. 119. Die Finanzverwaltung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont wird von einer gemeinsa-

men Finanzbehörde (Finanzkammer) geführt. Bei derselben sollen wenigstens zwei Abtheilungen (Domänen und Forsten; Steuern und Abgaben) mit besonderer Kasse- und Rechnungsführung eingerichtet werden. Die hiernächstige Vereinigung der Finanzkammer mit der Staatsregierung bleibt vorbehalten.

§. 120. Es wird eine zweijährige Finanzperiode angenommen und soll die erste derselben mit dem 1. Januar 1850 beginnen.

§. 121. Auf die Dauer dieser Periode wird das Budget entworfen und durch ein Gesetz festgestellt.

§. 122. Das Budget wird dem Landtage vorgelegt und von demselben in seinen einzelnen Ansätzen und nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Staatsregierung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder theilweise bewilligt oder verworfen.

§. 123. Wenn nach Ablauf der Bewilligungszeit das Zustandekommen eines neuen Finanzgesetzes aus dem einen oder andern Grunde sich verzögert, so dürfen die für den ordentlichen Staatsbedarf bewilligten Steuern und Abgaben noch sechs Monate hindurch fort erhoben werden. Diese sechs Monate werden in die neue Finanzperiode eingerechnet.

§. 124. Zur Einführung neuer Steuern, so wie zur Aenderung und Forterhebung der bestehenden Steuern bedarf es der Zustimmung des Landtags.

§. 125. Jede Bewilligung gilt nur für den besondern Zweck, für welchen sie bestimmt worden. Die Verwendung darf nur innerhalb der Grenze der Bewilligung erfolgen.

§. 126. Die Bewilligungen dürfen nicht an Bedingungen geknüpft werden, welche mit dem Wesen der vorge-

schlagenen Ausgabe oder mit der Verwendung der zu verwilligenden Gelder nicht im unmittelbaren Zusammenhange stehen.

§. 127. Die Landesschulden sind gewährleistet. Die Rechte aller Gläubiger des Landes werden dem besondern Schutze der Verfassung unterstellt.

§. 128. Zur Aufnahme neuer Landesschulden, dieselbe möge im Wege der Darleihe oder durch Einführung von Kassenscheinen oder auf sonstige Weise bewerkstelligt werden, ist die Zustimmung des Landtags erforderlich. Als neue Schulden sind nicht solche Vorschüsse zu betrachten, welche zu Tilgung von Landesschulden aufgenommen werden. Zur Ausstellung neuer Schuldurkunden an die Stelle älterer Obligationen, so wie über Gelder, welche aus der Kasse der Depositen- und Massgelder, aus der Brandkasse, Staatsdienerwittwenkasse und aus der Landessparkasse einfließen, ist die Zustimmung des Landtags nicht erforderlich.

§. 129. Wenn durch plötzlich eingetretene Ereignisse in Kriegszeiten außerordentliche Ausgaben und derauf folgende Anleihen nothwendig werden, eine schleunige Berufung des Landtags zur Bewilligung des Bedarfs aber nicht möglich war, so ist die Staatsregierung ermächtigt, die nothwendigen Maßregeln unter ihrer Verantwortlichkeit vorzunehmen, und sind diese dem folgenden Landtage zur Prüfung und Genehmhaltung vorzulegen.

§. 130. Vorübergehende Bedürfnisse der Kasse, zu deren Bestreitung die Mittel derselben anreichen, jedoch für den Augenblick nicht flüssig sind, können bis zur Beseitigung der Hindernisse einstweilen durch Borg gedeckt werden.

§. 131. Das Vermögen der Religionsgesellschaften

ten, Wohlthätigkeits- und Unterrichtsanstalten darf dem Staatsvermögen nicht einverleibt und überhaupt seinem stiftungsmäßigen Zwecke nicht entzogen werden. Sollte der stiftungsmäßige Zweck nicht mehr zu erreichen sein, so darf eine Verwendung zu ähnlichen Zwecken nur mit Zustimmung der Betheiligten, und wenn von Landesanstalten die Rede ist, mit Zustimmung der Stände erfolgen.

§. 132. Die von der Finanzkammer alljährlich zu stellenden Rechnungen werden von der Staatsregierung geprüft und abgeschlossen, und dem Landtag zur Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte vorgelegt. Die Resultate derselben sollen öffentlich bekannt gemacht werden.

Titel X.

Von den Staatsdienern.

§. 133. Ueber die besondern Rechtsverhältnisse der Staatsdiener, über deren Anstellung und Entlassung, so wie über die Disciplin im Staatsdienste, soll ein besonderes Gesetz, unbeschadet der Bestimmungen des §. 104, erlassen werden. Bis dahin hat es in Ansehung der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsdiener bei der Bestimmung des §. 25. litt. h. der Verfassungsurkunde vom 19. April 1816 sein Bewenden.

§. 134. Alle Staatsdiener sind, jeder für seinen Theil, wegen ihrer amtlichen Handlungen verantwortlich und belangbar.

§. 135. Die Pensionirung der Staatsdiener richtet sich einstweilen nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 6. Juni 1828. Die dabei festgesetzte Mitwirkung

der landständischen Deputation geht auf die Ständeversammlung über.

Titel XI.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 136. Die Gesetze und Verordnungen sind nur verbindlich, wenn sie in der durch das Gesetz vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind.

§. 137. Wenn der Landtag nicht versammelt ist, können in dringenden durchaus keinen Aufschub erleidenden Fällen von der Staatsregierung unter ihrer Verantwortlichkeit Verordnungen, welche eine Abänderung der Verfassung nicht enthalten und nicht Steuerverhältnisse betreffen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind den Abgeordneten bei ihrer nächsten Versammlung vorzulegen, und wenn deren Zustimmung nicht erfolgt, wieder aufzuheben.

§. 138. Im Falle des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Staatsregierung zeitweise, soweit es nothwendig ist, außer Kraft gesetzt werden. Die Staatsregierung hat die Zustimmung des Landtags, wenn derselbe zur Zeit versammelt ist, sofort einzuholen. Ist der Landtag nicht versammelt, so darf die Verfügung nicht länger als vierzehn Tage dauern, ohne daß derselbe zusammen berufen und die getroffene Maßregel ihm zur Genehmigung vorgelegt wird.

§. 139. Ein Beschluß der Stände, wodurch eine Abänderung, Erläuterung oder Ergänzung der Verfassung beantragt oder auf Vorschlag des Fürsten einge-

willigt wird, erfordert zu seiner Gültigkeit, daß er an drei verschiedenen Tagen berathen und jedesmal mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der verfassungsmäßigen Zahl der Stände gefaßt werde.

§. 140. In den Diensteid der Staatsbeamten und in den Eid der Gemeindebürger, so wie in den Fahneneid ist der Eid auf diese Verfassung aufzunehmen.

§. 141. Gesetzliche Bestimmungen, welche mit dieser Verfassungsurkunde in Widerspruch stehen, sind aufgehoben.

§. 142. Alle Gesetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten verbindliche Kraft durch ihre Verkündung von Reichswegen. Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung ist mit der Verpflichtung auf die Landesverfassung zu verbinden und dieser voranzusetzen.

Titel XII.

Vorübergehende Bestimmungen.

§. 143. Zu §. 7 letzter Absatz, zu §. 9 Nr. 3 und zu §. 11 zweiter Absatz. Bis zu Erlassung der hier vorbehaltenen Gesetze bleiben die auf diese Gegenstände sich beziehenden bis jetzt gültigen Einrichtungen bestehen. Zu §. 12 zweiter Absatz. Bis zum Erlaß des Reichspressegesezes bleibt das Gesetz vom 14. März 1848, die Aufhebung der Censur betreffend, in Kraft. Zu §. 12 dritter Absatz. Bis zur Einführung der Schwurgerichte wird über die hier erwähnten Preßvergehen von den gewöhnlichen Gerichten entschieden. Zu §. 16 erster Absatz. Bis dahin, wo die zur Durchführung des hier ausgesprochenen Grundsazes der Selbstständigkeit der Religionsgesellschaften erforderlichen Ein-

richtungen und Gesetze getroffen und erlassen sein werden, bleibt die gegenwärtige evangelische Kirchenverfassung bestehen. Zu §§. 18. 19. 20. Bis zu Erlassung der erforderlichen Gesetze über Eid, Ehe und Standesbücher bleiben die bisherigen gesetzlichen Einrichtungen in Kraft. Zu §§. 22, 25 und 26. Bis zu anderer Anordnung des Schulwesens auf Grund dieser §§. bleibt es bei der Schulordnung vom 30. Januar 1846 und bei dem Gesetze vom 16. December 1848, so wie bei den sonstigen einschlägigen bisher gültigen Bestimmungen. Zu §. 28. Wo das Verbot von Volksversammlungen unter freiem Himmel zulässig ist und in Anwendung kommen muß, soll dasselbe bis auf Weiteres von derjenigen Polizeibehörde ausgehen, welche über den Ort, wo solche gehalten werden sollen, die zuständige ist. Zu §. 33 erster Absatz. Bis zu Erlassung des hier erwähnten Uebergangsgesetzes bleiben die, die Theilbarkeit des Grundeigenthums beschränkenden bisherigen Gesetze bestehen. Zu §. 103. Das Gesetz vom 4. Juli 1836, den Gerichtsstand der Mitglieder der Untergerichte betreffend, bleibt vorerst bestehen. Zu §. 104. Bis zum Erlaß des im dritten Absatz erwähnten Gesetzes bleibt es bei den bisher gültigen Bestimmungen.

§. 144. Alle gegenwärtig bestehenden Gerichts- und Verwaltungsbehörden bleiben in ihrer bisherigen Thätigkeit bis zur Ausführung der organischen Gesetze, welche Bezug auf sie haben. (§§. 101 105 bis 109 einschließlic.)

§. 145. Wenn durch die Verfassung des deutschen Reichs Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungsgesetzes nöthig werden, so wird der Fürst dieselben als

bald anordnen und diese Anordnungen dem Landtage bei seiner nächsten Versammlung mittheilen. Der Landtag wird dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der Reichsverfassung in Uebereinstimmung stehen.

§. 146. Der im §. 140 vorgeschriebene Verfassungseid der Staatsbeamten und des Militärs ist sogleich nach Vereidung der Abgeordneten der nächsten Ständeversammlung zu leisten.

Indem Wir zu dem vorstehenden Staatsgrundgesetz Unserer Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont hierdurch die förmliche und feierliche Versicherung ertheilen, daß Wir dasselbe treu und unverbrüchlich halten, und gegen alle Eingriffe und Verletzungen zu schützen stets bedacht sein werden, bestimmen und verordnen Wir noch im Einverständniß mit Unseren getreuen Ständen was folgt:

§. 1. Die Verfassung vom 19. April 1816 tritt am 1. k. M. Juni außer Geltung, und damit das gegenwärtige Staatsgrundgesetz in Kraft.

§. 2. Die dormaligen Stände bleiben bis zu dem Zeitpunkte in Wirksamkeit, wo nach Vorschrift des vorstehenden Staatsgrundgesetzes Abgeordnete erwählt und beeidigt sind. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Insiegels.

Gegeben Arolsen, am 23. Mai 1849.

L. S. Emma.

Gleisner. C. Bauer. H. Barnhagen. Winterberg. L. Severin.

Wahlgesetz.

Wir Emma, von Gottes Gnaden verwittwete Fürstin zu Waldeck und Pyrmont, Gräfin zu Rappoltstein, Herrin zu Hohenack und Geroldsack am Wasigen &c., Vormünderin und Regentin, erlassen mit Zustimmung der zur Vereinbarung der Verfassung erwählten Abgeordneten der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont folgendes

W a h l g e s e z.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die Abgeordneten werden in fünfzehn Wahlkreisen, wovon zwölf auf das Fürstenthum Waldeck und drei auf das Fürstenthum Pyrmont fallen, gewählt.

§. 2. Jeder Wahlkreis wählt einen Abgeordneten.

§. 3. Die fünfzehn Wahlkreise sollen folgendermaßen gebildet werden. Es begreift: Wahlkreis I. Die Städte N. Wildungen, A. Wildungen und Züschen und die Landgemeinden Mandern, Wellen, Wege. Wahlkreis II. Die Landgemeinden Albershausen, Frebershausen, Hüdningen, Hundsdorf, Armsfeld, Bergfreiheit, Odershausen, Braunau, Reinhardshausen, Gellershausen, Kleinern, Reizenhagen. Wahlkreis III. Die Stadt Waldeck und die Landgemeinden Anrass, Giffliß, Bergheim, Mehlen, Affholdern, Hemfurth, Bringhausen, Buhlen, Böhne, Königshagen, Berich. Wahlkreis IV. Die Städte Sachsenhausen und Freisenhagen und die Landgemeinden Neze, D. Werbe, N. Werbe, Alraft, Dehringhausen, Meineringhausen,

Strotbe. Wahlkreis V. Die Städte Sachsenberg und Fürstenberg und die Landgemeinden Immighausen, Rhadern, Münden, Neufkirchen, Dalwigksthäl, Goddelsheim. Wahlkreis VI. Die Stadt Corbach und die Landgemeinden D. Ense, N. Ense, Nordenbeck, Goldhausen, Lelbach, Lengefeld, Berndorf. Wahlkreis VII. Die Landgemeinden Eype, N. Schleidern, Hillershausen, Alleringhausen, Welleringhausen, Neerdar, Bömighausen, Rhena, Uffeln, Willingen, Schwalefeld, Rattlar, Dttlar, Giesbringhausen, Schweinsbühl. Wahlkreis VIII. Die Landgemeinden Flechtdorf, Benkhausen, Sudeck, Heringhausen, Stormbruch, Rhenegge, Adorf, Wirmighausen, Helmscheid, Basbeck, Gembeck. Wahlkreis IX. Die Stadt Mengeringhausen und die Landgemeinden Mühlhausen, Twiste, D. Waroldern, N. Waroldern, Ellerlinghausen, Braunsen. Wahlkreis X. Die Städte Arolsen und Landau und die Landgemeinden Volkhardinghausen, Büble, Füttersheim, Massenhausen. Wahlkreis XI. Die Landgemeinden Helsen, Kulte, Wetterburg, Schmillinghausen, Herbsen, Hörle, Ammenhausen, Dehausen, Neudorf, Kohlgrund. Wahlkreis XII. Die Stadt Rhoden und die Landgemeinden Wrexen, Helmighausen, Hespringhausen, Bethen. Wahlkreis XIII. Die Stadt Pyrmont und die Landgemeinde Holzhausen. Wahlkreis XIV. Die Landgemeinden Desdorf, Hagen, Löwensen, Thal. Wahlkreis XV. Die Landgemeinden Neersen, Baarsen, Großenberg, Kleinenberg, Eichenborn.

§. 4. Die Wahlen werden in jedem einzelnen Orte vollzogen. Die Stimmen aus allen zu einem Wahlkreise gehörigen Orten werden zusammengerechnet. Das Ergebniß entscheidet die Wahl für einen jeden Kreis.

§. 5. Es werden Orts- und Kreis-Wahlcommissionen errichtet.

§. 6. Die Ortswahlcommissionen werden gebildet: A. in den Städten durch a. den amtsführenden Bürgermeister, b. die beiden dienstältesten Mitglieder des Stadtraths oder der Stadtfreunde, c. den Stadtsecretär oder Stadtschreiber, als Protokollführer, d. in Pyrmont anstatt a. b. und c. durch die städtischen Deputirten. B. in den Landgemeinden durch den Richter (Greiben) und Vorsteher, welche noch zwei andere Gemeindeglieder und zur Protokollführung eine kundige und zuverlässige Person, welche mittelst Handgelübdes zu verpflichten ist, hinzuzuziehen haben.

§. 7. Die Kreiswahlcommissionen werden gebildet durch a. ein Mitglied desjenigen Oberjustizamts, in dessen Bezirk die Mehrzahl der zum Wahlkreise gehörigen Orte liegt, im fünften Wahlkreise durch den Beamten in Sachsenberg; b. die Bürgermeister der im Wahlkreise liegenden Städte, in Pyrmont durch den Vorsitzenden der städtischen Deputirten; c. die drei dienstältesten Richter (Greiben); der Justizbeamte ist Vorsitzender und Protokollführer.

§. 8. Wer das Wahlrecht an einem Orte ausüben will, muß in demselben seinen festen Wohnsitz haben. Jeder darf nur an Einem Orte wählen. Der Standort der Soldaten und Militärpersonen gilt als Wohnsitz und berechtigt zur Wahl.

§. 9. Für jede Stadt und für jede Landgemeinde wird zum Zweck der Wahlen eine Liste angelegt, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Vor- und Zunamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Die Wahllisten entwirft in den Städten der

Stadtrath, für die Landgemeinden ein Mitglied des Oberjustizamts, beziehungsweise der Beamte zu Sachsenberg, mit Hinzuziehung des Richters (Greben) und Vorstehers eines jeden Orts. Diese Listen sind spätestens acht Tage vor dem zur ordentlichen Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht aufzulegen und ist dies im Orte vom Stadtrath, bezüglich vom Richter (Greben) öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen der ersten drei Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung bei der Ortswahlcommission anzubringen und innerhalb der nächsten acht Tage von derselben zu erledigen, worauf die Listen unter Tag und Datum und mit der Bemerkung, an welchem Tage dieselben ausgelegt worden seien, geschlossen werden. Die Entscheidungen der Ortswahlcommissionen sind für den vorliegenden Wahlfall unwiderruflich. Sie sind den Listen beizufügen. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen eingetragen sind.

§. 10. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

§. 11. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Mehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Mal nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet alsdann das Loos. Begibt sich der Fall, daß un-

ter denen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen gehabt haben, Stimmengleichheit stattfindet, so ist gleichfalls durch das Loos zu entscheiden, welche Beide in die dritte Wahl zu gehen haben.

§. 12. Stellvertreter der Abgeordneten sind nicht zu wählen.

§. 13. Die Wahlen sind im Umfang des ganzen Landes an einem und demselben Tage vorzunehmen, welchen die Staatsregierung bestimmt.

II. Wahlverfahren.

A. Bei Anfertigung der Wahllisten.

§. 14. Sobald die Staatsregierung den Wahltag durch das Regierungsblatt ausgeschrieben hat, werden die Wahllisten von den dazu bestellten Behörden (§. 9) angefertigt und den Orts-Wahlkommissionen nebst der der Wählerzahl entsprechenden Anzahl von gedruckten, auf der Rückseite abgestempelten Wahlzetteln zugestellt. Es soll dies längstens binnen 14 Tagen nach ergangenem Ausschreiben geschehen.

B. Bei den Ortswahlkommissionen.

§. 15. Die Ortswahlkommissionen haben alsdann mit der Auflegung der Liste und desfallsigen Bekanntmachungen (§. 9) unverzüglich zu verfahren.

§. 16. Wenn im Wahltermin die Wähler versammelt sind, so eröffnet der die Wahl Leitende die Handlung mit der Ermahnung an die Wähler ihrer staatsbürgerlichen Pflicht eingedenk zu sein, und daher ihre Stimmen ohne alle Nebenrückichten nach ihrer

freien Ueberzeugung so abzugeben, wie sie der Rücksicht auf das allgemeine Wohl solches schuldig seien.

§. 17. Hierauf tritt jeder Wähler einzeln vor die Wahlkommission. Diese behändigt ihm einen Wahlzettel, auf welchen er an einem, in einiger Entfernung von der Wahlkommission, jedoch im Gesichtskreise derselben aufgestellten Tische den Namen desjenigen, welchen er zum Abgeordneten wählen will, deutlich und mit hinreichender Bezeichnung der Person eigenhändig einzutragen hat. Sodann legt er den Wahlzettel zusammen, zeigt ihn der Wahlbehörde so, daß sie von dem Vorhandensein des Stempels auf der Rückseite sich überzeugen kann, vor und legt ihn in eine vor der Wahlkommission frei aufgestellte Urne nieder. Demjenigen Wähler, welcher nicht schreiben kann, bleibt es nachgelassen, seine Stimme mündlich zum Protokoll abzugeben. Bei jedem Wähler, welcher auf die eine oder andere Art abgestimmt hat, wird in der Wahlliste zu dem Namen desselben von dem Protokollführer Anzeichnung gemacht.

§. 18. Nachdem sämtliche Wahlzettel in die Urne eingelegt sind, liest ein Mitglied der Wahlkommission die Wahlzettel einzeln ab. Der Protokollführer trägt jeden abgelesenen Namen in das Protokoll und zeichnet jede auf denselben gefallene Stimme daneben einzeln an. Ein anderes Mitglied der Wahlkommission nimmt den eben abgelesenen Wahlzettel jedesmal in Empfang und führt eine Gegenliste in gleicher Art. Sobald der letzte Wahlzettel verlesen ist und Protokoll und Gegenliste übereinstimmend befunden sind, werden die Wahlzettel vernichtet.

§. 19. Unleserlich geschriebene Wahlzettel oder

derjenigen Kreiswahlkommission, unter welche ihr Ort gehört, versiegelt einzusenden, die Wahl mag zu Stande gekommen sein oder nicht.

C. Bei den Kreiswahlkommissionen.

§. 27. Auf die am Tage nach Abhaltung der Ortswahlen eingegangenen Protokolle hat der Vorsitzende einen gleichfalls öffentlich abzuhaltenden, spätestens acht Tage entfernten Termin anzusetzen, diesen in den Orten des Wahlkreises bekannt zu machen, die übrigen Mitglieder der Kreiswahlkommission dazu zu berufen und in denselben mit Erfündigung der Wahl zu verfahren.

§. 28. Zu dem Ende werden die Ortswahlprotokolle einzeln verlesen. Der Protokollführer trägt die Namen derjenigen Personen, auf welche laut derselben Stimmen gefallen sind, mit Angabe deren jedesmaliger Zahl in das Kreiswahlprotokoll ein, und ein anderes Mitglied der Kreiswahlkommission führt die Gegenliste. Wenn sämtliche Ortswahlprotokolle durchgegangen, Kreiswahlprotokoll und Kreisgegenliste übereinstimmend befunden sind, werden die Stimmen summiert und das Ergebnis verkündigt.

§. 29. Dem mit der erforderlichen absoluten Stimmenmehrheit Erwählten ist die Wahl durch ein Schreiben der Kreiswahlkommission bekannt zu machen. Ist die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, oder wird eine Wahl abgelehnt, welches spätestens binnen drei Tagen durch Rückschreiben an die Kreiswahlkommission geschehen muß, so hat dieselbe für sämtliche Orte des Wahlkreises eine neue Wahl anzuordnen und hiernächst nach §§. 11, 27, 28 und 29 zu verfahren.

§. 30. Nach beendigtem Wahlverfahren hat die Kreiswahlcommission das Kreiswahlprotokoll nebst den dazu gehörigen Ortswahlprotokollen und den Anlagen beider an die Staatsregierung einzusenden.

III. Schlußbestimmungen.

§. 31. Wenn Jemand in mehreren Wahlkreisen zum Abgeordneten gewählt ist, so hat die Regierung dessen Erklärung, für welchen Kreis er die Wahl annehmen wolle, mit dreitägiger Frist einzuziehen und nach abgegebener Erklärung in dem betreffenden Wahlkreise eine neue Wahl anzuordnen.

§. 32. Hierbei, so wie bei allen Einzelwahlen ist nach den Vorschriften dieses Gesetzes, so weit dieselben alsdann zur Anwendung kommen, zu verfahren.

§. 33. Ueber die Gültigkeit der Wahlen hat die Abgeordnetenversammlung, welcher die Wahlprotokolle von der Staatsregierung zuzustellen sind, zu entscheiden.

§. 34. Das gegenwärtige Wahlgesetz wird für zwei Jahre gültig erklärt. Mit deren Ablauf soll daselbe einer Revision im Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung unterworfen werden.

Unsere Regierung ist mit Bekanntmachung und Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. Gegeben Arolsen den 23. Mai 1849.

Emma, des Vorstehendes, Gesetz wird hiermit veröffentlicht.

Arolsen am 23. Mai 1849.

Fürstlich Waldeckische Regierung.

Gleisner.